

Chlorhühnchen & Co

Neue Freihandelsangebote im transatlantischen Super-Markt: Wer braucht sie wirklich?

von Harald Lemke

Wieso bloß das Chlorhühnchen? Warum nicht ähnlich umstrittene Wirtschaftsgüter wie gefracktes Erdgas, privatisierte Wasserversorgung oder löchriger Datenschutz und aufgehobene Buchpreisbindung? Auch sie sollen unseren Wohlstand mehren, käme die neue europäisch-amerikanische *Partnerschaft für Handel und Investitionen* (TTIP) zustande. Das TTIP wird aller Voraussicht Ende 2015 als das wirtschaftspolitische Regelwerk der transatlantischen Freihandels-Vereinbarung (TAFTA) zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Ländern der europäischen Union beschlossen. Zeitgleich finden ähnliche Verhandlungen zwischen Kanada und der EU statt (CETA). Ebenso verhandelt die USA unter dem Stichwort TPP auch mit seinen transpazifischen Handelspartnern, wie etwa Japan.¹

TEIL I

Deregulierung für Autos, aber auch für Lebensmittel ? Wozu ist Handel gut?

Um es gleich vorab zu sagen: Eine weitere Liberalisierung in manchen Handelsbereichen und für einige Wirtschaftsgüter würde den Konsumenten der betreffenden Länder sicher etwas mehr Wohlstand bringen.² Zumindest, wenn man Preisnachlässe, etwa beim Kauf eines Autos, als Zuwachs an Wohlstand bewertet. Und vorausgesetzt, man akzeptiert, zusammen mit dem Verzicht auf Steuereinnahmen durch Zollbefreiungen, eine weitere Umverteilung von öffentlichem Allgemeingut in private Gewinne. Denn klassische Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik durch die Abschaffung von Zöllen bedeutet, bleiben wir beim Beispiel Auto, Einsparungen für die ohnehin schon reichen Autokonzerne und noch niedrigere Preise für Käufer von Autos.

¹ Zum TPP-Bezug mit Japan und der japanischen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik siehe: Harald Lemke, Die essthetische Erziehung des Menschen. Notizen zur japanischen Politik des Essens, Mitteilungen des internationalen Arbeitskreises für Kulturforschung des Essens, Heft 21, 2014, 41-49.

² Dass das geplante TTIP in der Gesamtsumme eher zu Wohlstandseinbussen als zu mehr Wohlstand für alle führt, wird von zahlreichen Studien belegt; vgl. Lori Wallach, TAFTA — die große Unterwerfung, LeMonde diplomatique 11/2013; Jeronim Capaldo, Transatlantic Trade and Investment Partnership: Europäische Desintegration, Arbeitslosigkeit und Instabilität, Oktober 2014. Real existierende Freihandelsabkommen wie der NAFTA-Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko liefern dafür außerdem empirische Beweise; vgl. Gary Clyde Hufbauer, Jeffrey J. Schott, NAFTA Revisited: Achievements and Challenges, Washington 2005; Walden Bello, Politik des Hungers, Hamburg 2010.

Unnötige Hindernisse solcher Einsparungen bzw. Preissenkungen ergeben sich teilweise auch (unabhängig von Zöllen) aus landesspezifischen Konventionen und so genannten nicht-tarifären Standards. Für international agierende, erst recht für kleine und mittelständische Unternehmen sind solche nationalen Unterschiede mit zusätzlichen Kosten verbunden. Die Angleichung und Vereinheitlichung dieser Standards würden also ebenfalls zu Einsparungen führen und könnten den Ladenpreis noch etwas senken. Autohersteller wie BMW oder Mercedes beispielsweise können es sich dann sparen, für ihre nach USA gelieferten Fahrzeuge andere Seitenspiegel und Blinklichter zu montieren. Insofern sorgt bei einigen Produzenten und beim Kauf einiger Produkte ein erleichterter Freihandel tatsächlich für zusätzliche Wohlstandsgewinne. (Wobei klar sein sollte, dass jeder Zuwachs an Außenhandel in Verbindung mit einem marktwirtschaftlichen Verdrängungswettbewerb zwangsläufig nur einige Gewinner auf der einen Seite und viele Verlierer auf der anderen Seite erzeugt.) So wären aufgrund des großen Handelsvolumens zwischen Deutschland und US-Amerika allein für den Industriewarenhandel, der mit Abstand den höchsten Anteil am deutsch-amerikanischen Handel ausmacht, Einsparungen (Zusatzgewinne) von schätzungsweise 3,5 Milliarden Euro möglich. Mit anderen Worten, für die deutsche Autoindustrie ist jede weitere Liberalisierung des internationalen Handels ein klares Gewinnspiel. Doch gilt diese Logik nicht für alle Wirtschaftsgüter gleichermaßen.³

Lassen wir einmal zur Vereinfachung den kulturellen Bereich oder den Datenschutz, die Wasserwirtschaft und erst recht Investitionen außen vor — was sich ohnehin viele Kritiker wünschen. Beschränken wir uns im Folgenden auf die Frage, welche Konsequenzen sich aus dem Plan der mit 800 Millionen Käufern weltgrößten Freihandelszone ergeben und welche Wohlstandsgewinne ein solcher transatlantischer Super-Markt für uns als *Käufer und Verbraucher von Lebensmitteln* mit sich bringen würde? Im Unterschied zum Auto haben wir mit dem Kauf von Lebensmitteln tagtäglich zu tun und darüber hinaus gehört eine Verbesserung der aktuellen Politik des Essens aus zahlreichen Gründen zu einer der dringlichsten Aufgaben der Zukunft.⁴ Außerdem lohnt es sich unbedingt, über den politischen

³ Die Agrar- und Lebensmittelproduzenten, gerade in den USA, profitieren besonders von Liberalisierungen, denn im Agrarhandel sind die Zollsätze traditionell höher als im Industriehandel und liegen im Durchschnitt bei 4,7 Prozent für US-Agrarimporte und 13,2 Prozent an der Grenze der EU. So verteuert sich etwa der Endpreis der in die EU importierten Milchprodukte durch Zollzahlungen um über 50 Prozent. Auch hier gilt: Zollbefreiungen bedeuten gleichzeitig weniger Einnahmen für den Staat: Der Supermarktkäufer bekommt die Waren noch billiger — aufkosten von niedrigeren Steuereinnahmen für wohlfahrtsstaatliche Leistungen.

⁴ Dazu ausführlich: Harald Lemke, Politik des Essens. Wovon die Welt von morgen lebt, 2012.

Sinn von ‘regulatorischen’ Normen und internationale ‘Standards’ nachzudenken und nach eingehender politischer Beratung gegebenenfalls zu ändern. Dass nicht jedes EU-Gesetz für Lebensmittel sinnvoll ist, etwa die Handelsnorm, die vorschrieb, wie krumm eine Salatgurke sein darf (maximal einen Zentimeter auf zehn Zentimeter Gurkenlänge), ist inzwischen unstrittig. Sie wurde 2009 abgeschafft. Freilich spielen bei solchen politischen Entscheidungen nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse eine Rolle. Letztlich ist die „Qualität“ — die Güte dessen, was wir essen und die Frage, was genießbar und „gutes Essen“ ist — eine durch und durch philosophische Angelegenheit.

Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, dass nicht so sehr Chlorhühnchen, sondern vielmehr Genmais und Hormonburger oder so genanntes Klonfleisch (als einer besonderen Landesspezialität made in USA) zur Protestformel der europäischen Anti-TTIP-Bewegung werden würde. Denn eine große Mehrheit der Europäer lehnt Wurst und Frikadellen aus Fleisch von geklonten Zuchtieren aus ethischen Gründen ab. Noch verbietet das EU-Wirtschaftsrecht den Import von Klonfleisch. Käme das transatlantische Handelsabkommen in der geplanten Variante zustande, wäre damit Schluss: Auch auf diesem Teil des Erdballs müssten Menschen fortan das Fleisch von geklonten Rindern und Schweinen essen. Falls sie es kaufen.

Im Vergleich zu diesem Novum aus der biotechnologischen Tierproduktion gehört Hühnchenfleisch aus hochindustrialisierten Mäst- und Schlachtfabriken längst zur üblichen Grundausstattung europäischer Supermärkte. Die heftige Debatte darüber, ob nun in Zukunft der Verkauf von chloriertem Geflügelfleisch auch in Europa erlaubt wird, wie es sich die TTIP-Befürworter wünschen, oder besser nicht, wofür TTIP-Kritiker demonstrieren, ist — ein Witz gemessen an den herrschenden Zuständen in den Produktionsstätten für Supermarktfleisch diesseits ebenso wie jenseits des Atlantiks. Oder könnte als ein Witz bezeichnet werden, wenn es dabei nicht um eine äußerst traurige Geschichte ginge.

Bei 432.000 Hühnchen am Tag und bei voller Auslastung werden allein in der Geflügelschlachterei im niedersächsischen Wietze aufs gesamte Jahr gerechnet 134.784.000 Tiere getötet. Der Fleischunternehmer Franz-Josef Rothkötter hat hier einen der modernsten und größten Geflügelschlachthöfe Europas bauen lassen. Verteidigt durch hohe Palisadenzäune und strenge Bewachung. Und gegen den massiven Protest der Wietzer Bürger politisch durchgesetzt.

Die deutschen Hühnermäster wollen, wie ihre amerikanischen Konkurrenten, die derzeitigen Kapazitäten erhöhen. So könnten in den kommenden Jahren weitere 38 Millionen Stallplätze bundesweit entstehen. Der aktuelle Bestand stiege von mehr als 60 Millionen um bis zu 60 Prozent. In den meisten Mastbetrieben und in Übereinstimmung mit geltendem EU-Recht wird mit 40.000er Ställe gearbeitet; geplant sind nun sogar einzelne Anlagen für 600.000 Hühner. Die gigantische Schlachtfabrik in Wietze scheint erst der Anfang dieses Wirtschaftswachstums. Selbstverständlich werden solche Investitionen in die Turbo-Massentiertötung von der Regierung subventioniert. (Allein im Jahre 2011 mit etwa 80 Millionen Euro) Wer denkt, dass Konzerne im Gegenzug für die Geldgaben vom Staat besondere Tierschutz- und Umweltschutzaufgaben einhalten müssen, der täuscht sich.

Doch anstatt dass die herrschenden Zustände und die ebenso kostspieligen wie folgenreichen Deregulierungen in der industriellen Fleischproduktion samt der damit verbundenen weltweiten Freihandelsstrukturen zum Thema der transatlantischen Wirtschaftsvereinbarungen werden: Streit um Chlorhühnchen.

Der Überfluss von in Chlorwasser gebadetem Schlachtgeflügel

Es ist zum Wappentier für den europäischen TTIP-Protest geworden. Diese fragwürdige Auszeichnung ist ebenso begründet wie unangebracht. Begründet ist dessen weltpolitische Bedeutung aus zweierlei Gründen. Erstens gibt es immer noch viele Menschen, die — ohne weiter darüber nachzudenken — sagen, Hühnchen seien nicht wichtig. Das stimmt selbstverständlich. Aber wer glaubt, über Hühnchen zu sprechen und es in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Kampfes für eine bessere Welt, für Wohlstand und ein Gutes Leben für alle zu stellen, würde von der eigentlichen politischen Angelegenheiten der Wirtschaft, des globalen Handels und aktuell der TTIP-Absprachen ablenken — wer das glaubt, der hat ein zutiefst unpolitisches Verständnis von solchen Dingen wie Hühnchen. Der politische Umgang mit Lebensmitteln, alleine nur ihre weltweite Verteuerung, übersteigt leicht die Brisanz anderer TTIP-Themen. Der Preisanstieg von Rohstoffen, vor allem bei Lebensmitteln, zählt zu den größten Bedrohungen für das Wohl der Menschen und steht auf einer Stufe mit dem globalen Klimakollaps, mit Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen oder der Unterdrückung demokratischer Selbstregierung der Völker durch die Herrschaft transnationaler Konzerne und Kapitalmächte. Man kann das auch so sagen: Wer sich ernsthaft

um eine Verbesserung der globalen Wirtschaft sorgt, kommt gar nicht umhin, dem Hühnchen und unserem Umgang mit Essen eine größere, weltpolitische Bedeutung zuzumessen.

Dass Chlorhühnchen zum Wahrzeichen der europäischen Anti-TTIP-Bewegung geworden ist, hat einen weiteren nachvollziehbaren Grund. An dem geplanten Import von im Chlorbad desinfizierten Schlachtgeflügel wird anschaulich, wie unnötig und unerwünscht ein Handelsabkommen wäre, welches lediglich eine weiter forcierte Produktion und Konsumtion von derartigen Lebensmitteln mit sich bringen würde. Oder haben Sie beim Einkauf im Supermarkt das Gefühl, zwischen dem bereits real existierenden Warenangebot würden Ihnen chlorierte Hühnchenbrüste oder Fleisch von geklonten Tieren und mit Wachstumshormonen aufgepeppte Steaks fehlen? Wer will noch mehr und noch billigere Fleischprodukte und Wohlstandsgenüsse dieser Art?⁵

Eine Wirtschaftspolitik, die uns Wohlstandsmehrung durch Billigfleisch made in USA beschert, spiegelt kaum das Interesse der Konsumenten wider. Sie haben solche Lebensmittel satt. Angesichts fortgesetzter Lebensmittelskandale und des zunehmenden Verständnisses der globalen Wirtschaftszusammenhänge sind im Gegenteil immer mehr Menschen dabei, weniger Hühnchenbrüste essen zu wollen und, falls doch Fleisch, dann vorzugsweise aus tiergerechter Bio-Haltung und nicht aus hochindustrialisierter Massenproduktion. (Wobei die Lebensbedingungen von Bio-Hühnchen in vielen Fällen alles andere als gut sind und eine artgerechte Haltung ein regulatives Ideal bleibt.)

Zahlreiche US-Produkte kommen auf den europäischen Markt mit großem Erfolg und entsprechen den hier geltenden Standards und Qualitätswünschen. Warum sollten das nicht auch für alle Fleischwaren und Agrarprodukte möglich sein, mit denen US-Konzerne gerne auf dieser Seite des Atlantiks Gewinne machen wollen? Der Grund liegt auf der unsichtbaren Hand: Nicht für uns als europäische Konsumenten, wohl aber für die amerikanischen Produzenten von Chlorhühnchen und Co. wäre das Zustandekommen der geplanten TTIP-Vereinbarung von Vorteil. Immerhin machen US-Konzerne mit der Schlachtung von neun

⁵ Der Konsum von Fleisch hat in den letzten 20 Jahren in fast allen Weltregionen zugenommen. Entsprechend ist die Fleischproduktion in den letzten Jahrzehnten rasant gestiegen. Von 1961 bis 2009 hat sie sich mehr als vervierfacht: von knapp über 70 Mio. t auf fast 300 Mio. t (Steinfeld et al., 2010). Spitzenreiter im Fleischverbrauch der EU ist Dänemark mit 111 Kilogramm pro Jahr. Auch die Deutschen lieben reichlich Fleisch; mit 88 kg kommt dieses Wohlstandssymbol bei ihnen überdurchschnittlich häufig auf den Tisch (EU-Durchschnitt: 82 kg). Am liebsten verspeisen Deutsche Schweine: im Durchschnitt 56 kg jedes Jahr. Im Gegensatz dazu essen sie relativ wenig Geflügel, im EU-Durchschnitt sind es 23 kg.

Milliarden Hühnern einen Umsatz von 70 Milliarden Dollar jedes Jahr. Der amerikanische Geflügelverband rechnet damit, dass sich in Europa jährlich etwa 600 Millionen US-Dollar zusätzlicher Umsatz machen ließe. Entsprechend fordert beispielsweise der Mutterkonzern der Restaurantkette Kentucky Fried Chicken, transatlantischer Handel müsse in Zukunft bedeuten, dass die EU-Normen für Lebensmittelqualität so verändert werden, dass auch bei den Europäern chloriertes Hähnchenfleisch auf den Teller landen darf.

An sich verdienen Amerikas massiv subventionierten Farmer und Fleischfabrikanten ohnehin schon kräftig an ihrer großindustriellen und inzwischen auch meistens gentechnisch maximierten Überproduktion von Mais, Soja, Weizen, Hühnern, Schweinen und Rindern. Zu Dumpingpreise werden diese Überschüsse in alle Welt exportiert und drängen dort die schwächeren Konkurrenten vom Markt — und in die Armut. Etwas erleichterte Exportgeschäfte nach Europa werden in den Feedlots und Fleischfabriken der USA allerdings nicht viel mehr Arbeitsplätze entstehen lassen. Umgekehrt würden einer transatlantischen Ausweitung des US-Agrobusiness zwangsläufig europäische Bauern sowie Jobs in kleineren Landwirtschaftsbetrieben und Schlachthöfen zum Opfer fallen. Noch verdienen in Europa 13 Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt mit landwirtschaftlicher Arbeit. In den USA wird die entsprechende Flächengröße von nur noch 750.000 Farmern bewirtschaftet. Eine Liberalisierung der industriellen Landwirtschaft, sprich eine weitere Expansion der amerikanischen Food-Industrie bedeutet in Europa wie in jeder anderen Volkswirtschaft der Welt die massenhafte Flucht von arbeitslosen Bauern in die Städte in der Suche nach anderer Arbeit beziehungsweise die massenhafte Migration von Landlosen und anderen Wirtschaftsflüchtlingen aus verarmten Ländern in die Wohlstandszone des globalen Nordens. In den Staaten der sog. dritten Welt leben drei Viertel der Bevölkerung auf dem Lande. Ihre Nahrungsproduktion ist kleinbäuerlich und ernährt primär die Bauernfamilie. Nur ein Teil der produzierten Nahrung ist Überschuss, der vermarktet und gegen Geld getauscht werden kann. Diese Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln ist für Millionen von Menschen überlebenswichtig. Geht die landwirtschaftliche Arbeit auf dem Lande verloren, ist dies stets ein Indiz dafür, dass billigere Agrarprodukte aus dem Ausland auftauchen. Diese Logik des kapitalistischen Weltmarktes sorgt seit Jahrzehnten für den großen Wohlstand der US-Farmer. Alleine in dem kurzen Zeitraum zwischen 2000 und heute haben sich die weltweiten US-Ausfuhren fast verdreifacht.

Nur die Europäer, die jährlich für 100 Milliarden Euro Lebensmittel aus aller Welt

importieren, kaufen weniger als gewünscht. Doch das soll sich jetzt endlich ändern. Gemäß dem ursprünglichen Plan soll das geplante TTIP die Einfuhrerlaubnis von Hormonburgern, Klonfleisch, Genfutter und Chlorhühnchen durchsetzen. Wären da nicht der unerwartet heftige Protest und eine wachsende Menge von uneinsichtigen Bürgern, die *Nein danke!* brüllen. Doch: Das TTIP bloß abzulehnen, um die drohende Invasion von Chlorhühnchen zu verhindern, scheint in der Sache tatsächlich unangebracht. Immerhin haben die Befürworter der Ausweitung neoliberaler Wirtschaftspolitik leichtes Spiel, indem sie im Sinne des so genannten Nachsorgeprinzips auf den Umstand verweisen können, dass die amerikanische Bevölkerung durch den Konsum von Chlorhühnchen nicht massenhaft krank geworden sei.

Zumindest bislang. Folglich besteht auch für die Europäer kein gesundheitliches Risiko und der Verkauf solcher Waren gefährdet nicht die Gesundheit der hiesigen Bevölkerung. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln etwa vertritt die Meinung, es werde am offenbar grundlosen Widerstand gegen Chlorhühnchen vielmehr deutlich, dass lediglich falsche Informationen die öffentliche TTIP-Ablehnung hervorriefen. Die Freihandels-Befürworter sehen darum einen großen Aufklärungsbedarf, „damit das unbegründete Misstrauen gegenüber TTIP zerstreut werden kann.“ So sei es wichtig, skeptische Konsumenten darüber zu informieren, dass der Verzehr eines mit desinfizierendem Chlor behandelten Huhns lediglich der Aufnahme von 2 bis 3 Esslöffel (20 bis 30 Milliliter) Schwimmbadwasser entspräche.⁶

Derartige Unbedenklichkeitserklärungen von einigen Wissenschaftlern und wirtschaftsnahen Instituten scheinen die Öffentlichkeit nicht zu überzeugen. Denn es mag sein, dass durch den einmaligen oder nur gelegentlichen Verzehr von Chlorhühnchen kein akutes Gesundheitsrisiko entsteht. Was indes fortgesetzter Konsum solcher Lebensmittel langfristig bewirkt, weiß niemand wissenschaftlich seriös vorherzusagen. Was man allerdings weiß: Chlor tötet mit großer Sicherheit allerlei Keime. Außerdem ist wissenschaftlich belegt: Durch die chemische Bekämpfung von Krankheitserregern können sich Resistenzen bilden, so dass zuletzt sogar das Risiko eines erhöhten Keimbefalls entsteht. Darüber hinaus tötet das Chlorbad natürlich vorkommende Bakterien auf der Fleischoberfläche ab, die sonst das Wachstum von Krankheitserregern einschränken.

⁶ So der Hygieneexperte Franz Daschner in einem Interview; siehe: „Freiburger Hygieneexperte: Esse lieber Chlorhühnchen als deutsches Huhn“, Badische Zeitung 12.9.2014.

Ohnehin ist eine höhere Hygienesicherheit nicht für alle Lebensmittel wünschenswert. So erhebt die amerikanische Gesundheitsbehörde angeblich aus gesundheitlichen Bedenken bislang hohe Zollgebühren für den Import von französischen Roquefort-Käse aus Rohmilch. Ein lang bewährtes und wertgeschätztes Schimmelpilzprodukt, dessen fortgesetzter Konsum nachweislich weder in Frankreich noch andernorts irgendeine Krankheiten hervorruft. Warum also sollten Kunden, die gerne Suppenhuhn essen, zusätzlich Schwimmbadwasser trinken — und seien es jedes Mal nur wenige Esslöffel? Liegen hier Wachstumsmärkte, an denen sich Europa beteiligen sollte? Sicherlich können die hygienischen Verhältnisse in Schlachthäusern durch den Einsatz von aggressiver Chlorchemie zur Desinfektion von Schlachtgeflügel laxer gehandhabt werden. Dadurch sinken die Produktionskosten. US-Produzenten können so ihre Broiler zu niedrigeren Preisen anbieten als ihre Konkurrenz in der EU.

EU-Politik reagiert auf Protest der Bürger: Stopp für Chlorhühnchen

Es ist nun einmal, wie es ist: Die europäischen Konsumenten verzichten lieber auf den Genuss von Chlorhühnchen oder den Genuss von Hamburgern, nein das nicht, aber von Hormonburgern und wünschen sich ein politisches Verbot, so etwas in den Handel zu bringen, statt es kaufen zu dürfen, nur weil es noch billiger ist als das ohnehin schon spottbillige Supermarktfleisch aus europäischen Tierfabriken. Das TTIP brächte da wenig Verbesserung.

Das europäische Rechtssystem regelt die Hygiene bei der Geflügelproduktion anders. Statt am Ende eines kurzen und qualvollen Lebens in Massenhaltung die Chemiekeule einzusetzen, um gängigste Erreger von Brechdurchfällen loszuwerden, schreibt die EU-Politik von Geburt an richtige Impfungen und hygienische Aufzucht vor. Mit diesen aufwendigeren und kostspieligeren Gesetzen soll auf allen Stufen der Herstellungs- und Vertriebskette einer Infektion der Tiere und eine Verunreinigung der Lebensmittel mit gefährlichen Keimen vorgebeugt werden. Anders als in den USA geht man nicht vorsätzlich das Risiko einer möglichen Erkrankung ein; man beugt Erkrankungen von Tier und Mensch vor und setzt auf das ‘Vorsorgeprinzip’ im grundsätzlichen Unterschied zu den US-amerikanischen Regelungen, die zugunsten einer kostengünstigeren Produktionsweise darauf verzichten.

Allerdings rufen auch keine solchen gesundheitlichen Bedenken den Anti-TTIP-Protest hervor. Viele Europäer lehnen Chorghühnchen aus einer (recht pauschalen) grundsätzlichen Aversion gegen Chemie in Lebensmitteln ab. Die Ablehnung von unnötigem Chemieeinsatz in der Nahrungsproduktion, sowohl in der Landwirtschaft in Form von Pestiziden (oder gentechnischer Verunreinigung) als auch in der Nahrungsmittelherstellung in Form von künstlichen Zusätzen, ist schon lange treibender Motor der starken Umwelt- und Verbraucherbewegungen in Europa. Letztlich liegen den europäischen Standards also im weitesten Sinne umweltethische (und unausgesprochene kulinarisch-ästhetische) Überzeugungen zugrunde.

Doch richtig bleibt: Rein auf die Hygieneregelung und die Nahrungsmittelsicherheit beschränkt betrachtet, scheint das Chorghühnchen — bis auf weiteres — ein für die Menschen gesundheitlich unbedenkliches Lebensmittel zu sein. Die geplante Aufhebung des Importverbots von Chorghühnchen made in USA rechtfertigt diesbezüglich eigentlich keine Ablehnung des TTIP. Und was für Chorghühner gilt, trifft gleichermaßen für Fleisch- und Milchprodukte von geklonten Rindern, Schweinen und Schafen zu: Vermutlich sind sie gesundheitlich genauso unbedenklich wie der Verzehr vergleichbarer Lebensmittel von herkömmlich gezüchteten Tieren, die in den europäischen Supermärkte verkauft werden.

Umso merkwürdiger ist es, dass aufgrund des Anti-Chorghühnchen-Protestes inzwischen eine wachsende Anzahl von europäischen Politikern — allen voran die deutsche Bundeskanzlerin und die neuen EU-Kommissare — beteuert, dass die “guten und höheren” (Merkel) Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherstandards der europäischen Wirtschaftspolitik durch das TTIP-Abkommen *nicht* rückgängig gemacht werden würden. Stellt sich die Frage: Wieso konnte dann überhaupt der Eindruck entstehen, die EU-Kommission und ihre amerikanischen Kollegen würden eine Liberalisierungspolitik verfolgen, deren wesentliche und beinahe streng geheimgehaltene Zielsetzung unter anderem darin besteht, dass Chorghühnchen und dergleichen in der EU bislang verbotenen US-Lebensmittel demnächst das hiesige Lebensmittelsortiment bereichern sollen? Wozu einen transatlantischen Super-Markt eröffnen, wenn die Amerikaner nicht endlich ihre Chorghühnchen und Hormonburger, ihr Klonfleisch und Genfood an die konsumstarken Europäer verkaufen dürfen?

Seit Jahrzehnten sind diese Forderung, überhaupt unterschiedliche Wertsetzungen im Umgang mit Lebensmitteln und bei der staatlichen Ausgestaltung des Lebensmittelrechts Anlass für

handelspolitische Streitigkeiten zwischen EU und USA — und wohl auch ein Grund für die Notwendigkeit zu mehr Kooperation und Harmonisierung. Das US-amerikanische Fleischinstitut sowie der Verband der Schweinefleischproduzenten erachten die Entscheidung der Europäer, den Verkauf von Fleisch, welches unter Einsatz von Wachstumshormonen erzeugt wurde, zu verbieten, als ein ungerechtfertigtes Handelshemmnis. (Man muss dazu wissen, dass die Verabreichung von Wachstumshormonen wie Ractopamin wegen der Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier nicht nur in den EU-Ländern, sondern sogar in Russland und China — in insgesamt 160 Staaten — verboten oder eingeschränkt wird.) Darum klagte die USA gegen das von der EU verhängte Einfuhrverbot von Hormonfleisch vor dem Schiedsgericht der WTO: Erwartungsgemäß mit Erfolg. Was keineswegs dazu geführt hat, dass die Europäer ihren Markt für Hormonfleisch liberalisiert hätten. Und das wird wohl erst recht nicht passieren, sollten die jüngsten Äußerungen von Merkel, Juncker, Malmström und Andriukaitis der Wahrheit entsprechen. Obgleich selbst US-Präsident Obama inzwischen öffentlich erklärt hat, er habe sich immer schon für den Verbraucherschutz eingesetzt, weshalb dieser auch im Falle des TTIP politisch nicht auf dem Spiel stehe, ist angesichts der Gewinninteressen der US-Geflügelindustrie mit Vorsicht zu genießen. Hätte diese Verbraucherschutzpolitik nicht zur Konsequenz, dass das mächtige US-Agrobusiness dazu bereit sein müsste, fortan Rindfleisch ohne Hormoneinsatz für den europäischen Markt zu produzieren — und darüber hinaus gleich auch für die Supermärkte im eigenen Land?

Also noch einmal: Wozu das TTIP, wenn es nicht dazu dienen soll, die langjährigen Differenzen bei der Lebensmittelqualität zu beseitigen? Sicher liegt es im beidseitigen Interesse, beispielsweise den andauernden Streit um Genfood zu beenden und endlich zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu finden. Die Amerikaner wünschen sich in diesem Fall eindeutig eine Vereinbarung, die festlegt, dass zu guter Letzt auch die kritischen Europäer gentechnisch veränderte Lebensmitteln lieben lernen. In der amerikanischen Landwirtschaft geht ohne Gentechnik mittlerweile fast gar nichts mehr. 90 Prozent des angebauten Mais und der Sojabohnen sind manipuliert. Für mächtige GM-Saatgut- und Pestizid-Hersteller wie Monsanto ist das ein milliardenschweres Geschäft. Das Gensoja, das in den Fleischfabriken verfüttert wird, muss für die Verbraucher nicht gekennzeichnet werden. Doch solche Verhältnisse will die Mehrheit der europäischen Supermarktkunden nicht. Als Ergebnis langwieriger öffentlicher Proteste und politischer Debatten gelten zahlreiche gesetzliche Bestimmungen, die die Verwendung von importiertem GM-Tierfutter stark einschränken.

Sind es mehr als 0,9 Prozent der Inhaltsstoffe, müssen die betreffenden Lebensmittel entsprechend gekennzeichnet werden.

Allerdings kaufen und essen europäische Supermarktkunden 'Genfood' sogar gegen ihren Willen. Denn falls die Wurst, die Milch oder die Eier, die sie sich einverleiben, von Tieren stammen, an die genetisch manipuliertes Getreide aus den USA verfüttert wurde, erfahren sie davon nichts. Die deutsche Regierung der Großen Koalition hat allerdings erklärt, sich in Brüssel dafür einsetzen zu wollen, dass mit genveränderten Pflanzen produzierte tierische Lebensmittel EU-weit deklariert werden müssen.

Solche Handelsregeln aber wollen amerikanische Unternehmen nicht. Darum drängen sie ihre Regierung, mithilfe des TTIP diese sog. nicht-tarifären Handelshindernisse oder eben höheren europäischen Standards des Verbraucherschutzes zu verhindern. Kommt es in Zukunft zu einem EU-Gesetz, das dem geplanten Freihandelsvertrag widerspricht, würde dies gegen internationales Recht verstoßen. Deshalb besteht kein Zweifel: Um ihre Profitinteressen durchzusetzen, werden die Gentechnik produzierenden und verarbeitenden Konzerne alles dafür tun, dass ein zukünftiges transatlantisches Handelsrecht jede Genfood-Kennzeichnung in Europa untersagt. Es wäre Monsanto, ADM und McDonald's zuletzt doch gelungen, auch die Äcker, Ställe und Bürger ganz Europas in üppige Geldquellen zu verwandeln.

Sollte die Europäische Union in Zukunft, nachdem TTIP schon vereinbart wäre, doch eine Kennzeichnungspflicht auf Fleisch, Milch, Käse und Eier von Tieren schaffen wollen, die mit Genmais oder Gensoja gefüttert wurden, könnten US-Konzerne mithilfe von kommerziellen Privatgerichten die EU zu Ausfallzahlungen zwingen und Milliarden von Steuergeldern abkassieren. Mit der paradoxen Begründung, dass solche Verbraucherinformationen gegen die völkerrechtliche Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten verstößen.

Im Umkehrschluß heißt dies: Wollen die Europäer ihre Nachhaltigkeitsideale in der Landwirtschaft sowie ihre „guten und höheren“ (Merkel) Verbraucher-, Tier- und Gesundheitsschutz einhalten und wollen sie folglich auch gentechnisch veränderte Lebensmittel, welche von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt werden, mit einem neuen Genfood-Label kenntlich machen, dann wird — oder dann müsste — diese Wirtschaftspolitik zwangsläufig zu einem baldigen Stopp der derzeitigen TTIP-Verhandlungen führen.

Bitte kein Stopp der transatlantischen Verhandlungen!

Doch zu diesem Stopp, den Millionen von EU-Bürgerinnen und Bürger längst fordern, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit *nicht* kommen. Deshalb nicht, weil die erklärte Absicht, eine verstärkte wirtschaftspolitische Kooperation zwischen EU und USA zu vereinbaren, letztlich auch gar nicht auf die Beilegung ihres Streits um den Import von Chlorhühnchen und Hormonburgern oder Genmais und Klonfleisch abzielt. Um zu verstehen, warum das so ist, müssen sich die Kritiker einer transatlantischen Freihandelspolitik zwar mit diesen Details und den Fakten des aktuellen Vertrages auseinandersetzen. Zugleich dürfen sie sich das eigentliche Motiv des wirtschaftspolitischen Kooperationsinteresses von EU und USA klarmachen. Öffentlicher Protest, der sich auf ein reines TTIP — Nein Danke! beschränkt, kann nur zu der einen oder anderen Ausnahme im Vertragswerk führen, etwa keine Chlorhühnchen und kein nicht-gekennzeichnetes Genfood. Mit diesen punktuellen Zugeständnissen ans murrende Volk wird das derzeitige Ziel des Abkommens, nämlich die Zukunft der globalen Ökonomie unverändert auf Freihandel zu verpflichten, trotzdem erreicht. (Zumal die zugestandenen Ausnahmen im Nachhinein leicht, bei der nächst günstigen Gelegenheit, rückgängig gemacht werden könnten.)

Die US-Regierung ebenso wie die EU-Kommission werden alles daran setzen, dass es auf alle Fälle zu einer verstärkten Kooperation zwischen den transatlantischen Machtzentren kommt. Denn es geht ihnen letztlich darum, weiterhin — wie in der Vergangenheit — die Spielregeln der Weltpolitik festlegen zu wollen. Noch verfolgen sie dabei ausschließlich die üblichen Motive und ein hoffnungsloses Reanimationsprogramm der neoliberalen Doktrin. Doch das Ziel einer von den beiden einflussreichen Volkswirtschaften und Demokratien gemeinsam abgesprochenen Handelspolitik könnte die Gestaltung einer ganz anderen Zukunft der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Wir brauchen durchaus und dringend wirtschaftspolitische Vereinbarungen, die — wie etwa der ehemalige Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz fordert — das Freihandelsdoktrin durch Standards eines fairen Handels ersetzen helfen.⁷ Nicht Chlorhühnchen und noch billigeres Fleisch aus Tierfabriken, nicht immer noch mehr Wirtschaftswachstum und Wohlstand, sondern gute Landwirtschaft und gutes Essen als wesentliche Aspekte eines Guten Lebens für Alle sind zentrale weltpolitische Zielsetzungen,

⁷ Joseph E. Stiglitz, Fair Trade. Agenda für einen gerechten Welthandel, Hamburg 2006; ders., The Insanity of Our Food Policy, New York Times, 16. November 2013.

für die Europa und die USA eine Vorreiterrolle übernehmen müssen — und können.⁸ Dafür braucht es einen gemeinsamen Vertrag zwischen diesen beiden weltwirtschaftlichen Schwergewichten und vor allem den globalen Einfluss ihrer demokratisch legitimierten Politik.

Deshalb ist, den Stopp von TTIP zu fordern, zu wenig. Ganz im Gegenteil. Statt eines Abbruchs der Verhandlungen sei an dieser Stelle der eindringliche Appell an alle beteiligten Politiker ausgesprochen: *Bitte redet weiter miteinander und nutzt die langjährige Partnerschaft, die gesellschaftliche Verwandtschaft, die internationale Machtfülle und die sich daraus ergebende Verantwortung, nutzt unsere noch einigermaßen intakten Demokratien und das gemeinsame Interesse der USA und der EU an einer Verbesserung der Weltwirtschaft! Bedenkt dabei, dass die historische Zeit des kapitalistischen oder zuletzt neoliberalen Freihandels abgelaufen ist und dass wir eine bessere Zukunft und ein Gutes Leben für alle nur durch eine weltweite Politik des fairen Handels erreichen können.*

Vertrauen wir den unerwarteten Ankündigungen der verantwortlichen Politiker und Verhandlungsführer — allen voran dem Entgegenkommen der neuen EU-Kommission und der deutschen Regierung —, dass Chlorhühnchen verboten bleiben und die europäischen Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz zur Grundlage des gemeinsamen Wirtschaftssystems gemacht werden. Denn von diesem Einlenken hängt alles ab.

Wenn nämlich die Anti-Chlorhuhn-Bewegung diese unerwartete Kurskorrektur der geplanten Handelsvereinbarungen bewirkt hat, dann könnten die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA die Gelegenheit für den epochalen Kurswechsel der globalen Wirtschaftspolitik bieten! Sie brächten jenen Fortschritt, den sich viele Menschen wünschen und für den immer mehr von ihnen auf die Straße gehen. Weil sich die krisenartigen Auswirkungen der neoliberalen Politik in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten weiter verschlimmert haben, ist der grundlegende Wandel der Wirtschaftspolitik dringender denn je.

⁸ A. Haroon Akram-Lodhi, *Hungry for Change: Farmers, Food Justice and the Agrarian Question*, London 2013